

Mein NEWSLETTER



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



JANUAR 2017

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wenn ich auf 2016 zurückblicke, dann bleiben viele Bilder hängen. Schöne, überraschende, aber auch viele, die mich sehr bedrücken. Ganz aktuell die Bilder und Videos aus **Aleppo**. Österreichs Bundeskanzler Kern hat dazu deutliche Worte gefunden: „An einem Tag wie heute, wo die Reste Aleppos zerbombt werden, Frauen und Kinder dahingemetzelt werden, zu sagen: Diese Menschen fliehen nicht vor dem Krieg und wir locken sie an – ehrlich gesagt, da fehlen mir die Worte dafür.“ Recht hat er: Der Zynismus, der in der Debatte um Geflüchtete immer weiter um sich greift, ist mir angesichts solcher Bilder unbegreiflich.

Es ist mit wichtig, **Danke zu sagen**. Danke an alle, die mich dieses Jahr kritisch-konstruktiv begleitet und die mit mir und für mich gearbeitet haben, die mir Rückhalt waren und auch mal Stachel und Mahner. Ohne Sie/Euch wäre mir meine politische Arbeit gar nicht möglich.

Ihr/Euer



FROHE WEIHNACHTEN!

INHALT

- 2 **Klartext: Meilenstein für mehr Bildungsgerechtigkeit**
- 3 **Bundesverkehrswegeplan**
- 5 **Bundesteilhabegesetz**
- 6 **Tag des Ehrenamts, Rente**
- 7 **Termine vor Ort**
- 9 **Die unterfränkischen Bundestagskandidaten auf der BayernSPD-Liste**
- 10 **Paulas Post aus den USA**
- 11 **Beiträge der Mdl**

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



KURZ & BÜNDIG

„FACEBOOK muss verpflichtet werden, erwiesene FALSCH-MELDUNGEN schnell zu löschen bzw. mit gleicher Reichweite richtig zu stellen!“

Für mich ist klar: Gegen „Fake News“, also erfundene Nachrichten, Verschwörungstheorien, Hass und Hetze gibt es keine technische Lösung. Hier müssen wir alle gemeinsam gegenhalten! Gleichzeitig werden wir den rechtlichen Rahmen konsequent ausschöpfen – und sehen auch Facebook in der Pflicht.

„Ich erwarte, dass DEUTSCHLAND bei der Einführung der TRANSAKTIONSSTEUER europaweit endlich mal vorangeht!“

Die Entscheidung über die europäische Finanztransaktionssteuer wurde erneut verschoben. Dabei ist sie von uns in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt worden. Die Bundesregierung steht damit im Wort. Wenn Merkel im Dezember kein Ergebnis erreicht, werden wir uns für die Einführung einer nationalen Steuer einsetzen, denn unser Steuersystem braucht mehr Gerechtigkeit. Und gerecht ist, dass Kapitaleinnahmen stärker besteuert werden als bisher.

Mehr klare Worte zu aktuellen Themen unter www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

KLR TXT

Meilenstein für mehr Bildungsgerechtigkeit

Bislang durfte der Bund keine Gelder direkt an Städte und Gemeinden zahlen. Immer waren die Länder dazwischen geschaltet, was nicht selten dazu führte, dass nicht alles dort ankam, wo es gebraucht wurde. Doch damit ist jetzt Schluss - zumindest beim Thema Schulfinanzierung!

Anlässlich des längst überfälligen Kabinettsbeschlusses zum Aufbrechen des Kooperationsverbots zwischen Bund und Kommunen wird deutlich, dass die Vernunft nach vielen Jahren siegt: Schulinvestitionen in finanzschwachen Kommunen werden von Bundeseite nun verfassungsrechtlich möglich.

Kommunale Bildungsinfrastruktur von der Kita bis zur Weiterbildungseinrichtung kann in finanzschwachen Kommunen zukünftig von Bundeseite finanziell unterstützt werden. Das ist ein Erfolg für die SPD, für den wir seit 2006 beständig gekämpft haben.

In den Städten und Gemeinden stauen sich Investitionen in die Schulinfrastruktur in Höhe von über 30 Milliarden Euro! Die nun von uns erstmals veranschlagten 3,5 Milliarden Euro zur Modernisierung dieser kommunalen Bildungseinrichtungen werden also dringend gebraucht.

Es grenzt schon fast an einen Skandal, wie lange CDU/CSU diese notwendige Neuerung blockierten. Gerade die schwarzen Ministerpräsidenten und allen voran natürlich der bayerische, wollten keine Einmischung des Bundes in ihre Landeszuständigkeit Bildung. Das Geld haben sie immer gerne genommen, aber zu sagen hatte die Bundespolitik bislang nichts. Diese Selbstherrlichkeit hat nun ein Ende - zum Wohle der vielen Schülerinnen und Schüler!

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



„Der DOPPELPASS bleibt!“

Der CDU-Parteitag hat beschlossen, den Koalitionskompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft für Kinder ausländischer Eltern, die hier geboren und aufgewachsen sind, wieder rückgängig zu machen. Das wäre schädlich für die Integration – und ist mit mir nicht zu machen. Andrea Nahles hat kürzlich klare Worte gefunden, die auch hier passen: „Die CSU hat mit dem Integrationsgesetz eine Mauer gebaut, wie es kaum schlimmer hätte kommen können. Nämlich nicht eine Mauer aus Stein, sondern eine in den Köpfen. Eine, die die Menschen in ihrem tiefsten Inneren spaltet.“

**„Ich bleibe dabei:
Es darf keine zusätzlichen
BELASTUNGEN für deutsche
AutofahrerInnen geben!“**

Keine Mehrbelastungen für deutsche Autofahrer! Das bleibt eine meiner Bedingungen, um Bundesverkehrsminister Dobrindts (CSU) Pkw-Maut-Pläne mitzutragen.

Mehr klare Worte zu aktuellen Themen unter
www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN BESCHLOSSEN

270 Milliarden Euro steckt der Bund in die Infrastruktur in Deutschland. Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) und den Ausbaugesetzen haben wir den größten Investitionshaushalt für die Infrastruktur beschlossen, den es je gab.

Wir läuten damit eine fundamentale Änderung des Blickwinkels auf unsere Infrastruktur ein: Notwendiger und effizienter Infrastrukturausbau und die Bereitstellung der erforderlichen Investitionsmittel gehen zukünftig Hand in Hand. Denn nur mit einer funktionierenden Infrastruktur bleiben wir eine Mobilitäts- und Innovationsnation.

Leistungsfähige Verkehrswege sind die Kernvoraussetzung für eine wertschöpfende Volkswirtschaft:
Ohne Mobilität gibt es keinen Wohlstand.



Mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Mit dem BVWP und den Ausbaugesetzen haben wir jetzt eine Gesamtstrategie für die Entwicklung unserer Verkehrsinfrastruktur bis 2030. Wir modernisieren unsere Verkehrswege, vernetzen unsere Infrastruktur und beschleunigen die Mobilität in Deutschland.

Und das sind die Schwerpunkte des BVWP:

>> Wir geben eine klare Finanzierungsperspektive. 270 Mrd. Euro stehen bis zum Jahr 2030 für rund 1.000 Verkehrsprojekte des Bundes zur Verfügung. Dabei entfallen **132,8 Mrd. Euro** (49,3 %) auf die Straßen, **112,3 Mrd. Euro** (41,6 %) auf die Schiene und **24,5 Mrd. Euro** (9,1 %) auf die Wasserstraßen.

>> Künftig gilt: Erhalt und Ersatz vor Aus- und Neubau. Im Bereich Straße werden z.B. Brücken als neuralgische Punkte modernisiert. Das allein kostet **141,6 Mrd. Euro** für Erhalt und Ersatz. Das sind rund 60 Mrd. Euro und damit über 70 Prozent mehr als beim letzten BVWP aus dem Jahr 2003.

>> Engpässe an Hauptachsen und Knoten werden beseitigt. Auf unseren Autobahnen wollen wir



Aus meinem Berliner Alltag: Plenarsitzung des Deutschen Bundestages zum neuen Bundesverkehrswegeplan – mit meinem Kollegen Martin Burkert, dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses.

Engpässe auf einer Streckenlänge von rund 2.000 Kilometern reduzieren. Hierdurch minimieren wir den größten volkswirtschaftlichen Schaden - den Stau. Bei der Schiene bauen wir Flaschenhälse auf einer Länge von rund 800 Kilometer ab und stärken damit die Attraktivität der Bahn.

>> Außerdem heben wir im BVWP erstmalig die Bedeutung des Radverkehrs als Teil eines modernen Verkehrssystems hervor! Radschnellwege sind insbesondere für große Städte und deren Umland interessant. Daher haben wir uns darauf verständigt, dass sich der Bund zukünftig finanziell am Bau von Radschnellwegen beteiligen wird.

>> Die BürgerInnen waren beteiligt wie nie: Insgesamt gab es rund 40.000 Stellungnahmen von Einzelpersonen und Organisationen, die ausgewertet und in den BVWP eingearbeitet wurden.

Ich freue mich besonders darüber, dass dringende Projekte aus der Region, für die ich mich eingesetzt habe, nun in Angriff genommen werden können – z.B. die Ortsumgehung Gemünden/B26 oder die B26n.

Weitere Infos: www.bvwp2030.de



Pfarrer Till Roth, Dekan der evangelischen Gemeinde in Lohr, hat mich Anfang Dezember zum Kennenlerngespräch in meinem Bürgerbüro in Gemünden besucht. Der Austausch mit VertreterInnen der Kirchen und Religionen ist mir wichtig, denn sie sind Ratgeber in vielfältigen Lebensfragen und -lagen und mit ihren karitativen Einrichtungen in der ganzen Welt nicht wegzudenken. Herzlichen Dank auch für das Buchpräsent „Evangelisch zwischen Spessart und Rhön“.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Bernd Rützel

Gepostet von Bernd Rützel (?) · 2. Dezember um 11:01 · €

Gestern habe ich im Plenum des Deutschen Bundestages zum Antrag "Betriebliche Interessenvertretungen" gesprochen. Meine Kernbotschaft: Deutschland geht es gut - nicht trotz der Mitbestimmung, sondern wegen der Mitbestimmung.



Auf www.bernd-ruetzel.de unter Politik/Reden findet man alle meine bisher gehaltenen Reden seit 2013.

Ein einziger Reha-Antrag reicht dann aus, um ein umfassendes Prüf- und Entscheidungsverfahren in Gang zu setzen.

Gut und richtig waren meiner Meinung nach die umfangreiche Beteiligung und die intensiven Diskussionen mit vielen Betroffenen und deren Verbände, die es im Vorfeld gegeben hat.

Nach Vorlage des Gesetzentwurfs hatten die Verbände von Menschen mit Behinderungen Kritik geäußert. Wir als SPD haben darauf reagiert und in den vergangenen Wochen entscheidende Verbesserungen durchgesetzt. Die Behindertenverbände haben diese Korrekturen am Gesetz begrüßt. Das freut mich!

Es ist wichtig für uns SozialdemokratInnen, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu stärken. Das Bundesteilhabegesetz ist dabei ein wichtiger Schritt – weitere müssen folgen.

TEILHABEGESETZ BESCHLOSSEN

Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung – weniger Fürsorge. Der Deutsche Bundestag hat endlich das Bundesteilhabegesetz verabschiedet. Es regelt die Leistungen für Menschen mit Behinderungen neu:

Menschen mit Behinderungen sollen ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben führen können – so wie alle anderen auch. Das ist der Grundgedanke von Inklusion. Und das ist das Ziel des Bundesteilhabegesetzes, das der Bundestag Ende November beschlossen hat.

Für mich ist dieses Gesetz ein Wendepunkt in der Behindertenpolitik.

Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden künftig klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt: Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen sollen somit deutlich mehr finanziellen Spielraum erhalten. Das Budget für Arbeit soll die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am ersten Arbeitsmarkt verbessern. Zudem werden Reha-Leistungen künftig aus einer Hand erbracht.

GESETZLICHE RENTE STÄRKEN



Was gibt es Schöneres, als vor einem voll besetzten Saal zu sprechen? Mitte Dezember war ich bei meinem Bundestagskollegen Uli Grötsch in Weiden in der Oberpfalz, um über das rentenpolitische Konzept der SPD-Bundestagsfraktion zu referieren. Mein Standpunkt ist klar: Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden!

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Am 5. Dezember ist der Internationale Tag des Ehrenamtes. Vielen Dank für Ihren Einsatz!



Der 5. Dezember ist der **Internationale Tag des Ehrenamts**. Auf Facebook habe ich allen freiwilligen Helfern in den Landkreisen Main-Spessart und Miltenberg gedankt. Das möchte ich an dieser Stelle wiederholen: Ihr Engagement ist ein Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft und muss von der Politik gefördert und wertgeschätzt werden. Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein. Mir ist es wichtig, in engem Kontakt mit den Ehrenamtlichen in der Region zu stehen, mit dem THW, den freiwilligen Feuerwehren, aber auch den vielen Flüchtlingshelfern und karitativ Tätigen, die sich tagtäglich für ihre Mitmenschen einsetzen. Stellvertretend für alle Ehrenamtler sind auf dem Bild folgende Gruppen zu Gesprächen in Berlin und im Wahlkreis zu sehen (v.l.): THW, Johanniter, Malteser und BRK, Caritas und VertreterInnen der örtlichen Tafeln.

50/50 BEI DEN KRANKENKASSEN-BEITRÄGEN

Die SPD will, dass bei den Krankenkassenbeiträgen wieder halbe-halbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemacht wird.

Karl-Heinz Ebert, Sprecher der IG-Metall-Senioren und IG-Metall Sekretär Christoph Curs haben mir Anfang Dezember eine Liste mit 3.000 Unterschriften von Gewerkschaftern aus der IG-Metall-

Region Aschaffenburg übergeben, mit der sie ebenfalls die Rückkehr zur sogenannten paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassenbeiträge fordern.

Die Union wehrt sich bisher vehement dagegen, doch wir als SPD-Bundestagsfraktion bleiben bei diesem Thema weiter am Ball. Versprochen.

Mehr auf www.bernd-ruetzel.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Meine 11. Berlin-Fahrt vom 27. bis 30.11.
mit politisch Interessierten aus AB, MIL, MSP und WÜ

FILM-PORTRAIT ÜBER MEINE ARBEIT



Vor einigen Wochen hat mich das Filmteam von **TV Bamberg 1** während einer Sitzungswoche in Berlin begleitet und war anschließend einen ganzen Tag mit mir in meinem Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg unterwegs. Eine tolle Erfahrung!

Anfang Dezember fand die Premierenvorführung im Kinosaal des Film-Photo-Ton-Museumsvereins im Gemündener Huttenschloß statt.

Im neuen Jahr dann kann man die Beiträge auf www.bernd-ruetzel.de ansehen: Reinklicken!

BÜRGERBÜRO = FAIRTRADE-BÜRO



Gerne unterstütze ich den Fairen Handel! Karin Hartmann-Neudek, die Sprecherin der Fair-Trade Steuerungsgruppe der Stadt Gemünden, ist bei mir auf offene Ohren gestoßen: In den 90er-Jahren war ich im Rahmen meines kirchlichen Engagements an Dritte-Welt-Ständen selbst aktiv. Und auch als Abgeordneter beschäftige ich mich mit diesem Thema, wie jüngst bei einer Veranstaltung zur deutschen Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund globaler Fluchtbewegungen in Erlenbach. Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung haben meine Mitarbeiter und ich uns jetzt offiziell dazu verpflichtet, Kaffee, Saft und Tee aus fairem Handel im Bürgerbüro zu verwenden!

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



WEIHNACHTSMARKT GEMÜNDEN



Traditionell hat die Gemündener SPD eine gut besuchte Bude auf dem Weihnachtsmarkt in Gemünden. Es gab auch dieses Jahr wie immer leckere Waffeln und Crêpes und wie immer wird der Erlös natürlich gespendet.

TREFFEN MIT UNTERFRÄNKISCHEN BETRIEBSRÄTEN IN BERLIN



Unter dem Motto „**Alterssicherung – sicher und gerecht gestalten**“ hatte die SPD-Bundestagsfraktion am 30. November mit über 300 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland über die Zukunft der Rente und den Kampf gegen Altersarmut diskutiert.

Die Konferenz fand wenige Tage nach der Vorstellung des Gesamtkonzeptes zur Alterssicherung von Andrea Nahles statt.

Auf meine Einladung hin nahmen Gisela Mehlig (Betriebsratsvorsitzende Gebrüder Götz), Waltraud Schön (stellv. Betriebsratsvorsitzende Gebrüder Götz) und Holger Miksch (stellv. Betriebsratsvorsitzender bei der DB Netz AG im Wahlbetrieb PD Süd Würzburg) an der Konferenz teil. Alle drei waren von der Veranstaltung sehr angetan.

Auf der Betriebsrätekonferenz war Gelegenheit, Zukunftsfragen der Alterssicherung mit Bundesministerin Andrea Nahles, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, der Direktorin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Gundula Roßbach, und weiteren Experten ausführlich zu diskutieren. Ich moderierte die Arbeitsgruppe „Betriebliche Altersvorsorge“.

Für mich ist entscheidend, dass diejenigen, die unser solidarisches Rentensystem mit ihren Beiträgen über Jahre getragen haben, sich im Alter darauf verlassen können.

Gleichzeitig gilt, dass dieses System gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – auch zukünftiger Generationen – bezahlbar bleiben muss.

Die Rente ist die tragende Säule unseres Sozialstaats. Deshalb unterstütze ich die Position meiner Fraktion:

**Doppelte Haltelinie,
keine generelle Erhöhung
des Renteneintrittsalters
und wer sein Leben lang gearbeitet hat,
muss mehr haben, als derjenige,
der nicht gearbeitet hat.**

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Die unterfränkischen BundestagskandidatInnen im Kreise der unterfränkischen Delegierten auf der Landesvertreterversammlung am 10. Dezember in Nürnberg.

UNTERFRANKEN-SPD GUT PLATZIERT

Landeschef Florian Pronold führt die bayerische SPD in den Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr. Das entschieden die SPD-Delegierten aus ganz Bayern auf der Landesvertreterversammlung am 10. Dezember in Nürnberg. Platz zwei der Landesliste belegt die Parlamentarische Staatssekretärin von Andrea Nahles, Anette Kramme, vor dem Landesgruppenvorsitzenden Martin Burkert auf Platz drei.

Die unterfränkischen KandidatInnen landeten auf den Plätzen 7, 10, 24, 31 und 42.

Mit diesen KandidatInnen zieht die Unterfranken-SPD in den Bundestagswahlkampf:

Platz 7: **Bernd Rützel** (Main-Spessart/Miltenberg)

Platz 10: **Sabine Dittmar** (Bad Kissingen)

Platz 24: **Eva Maria Linsenbreder** (Würzburg)

Platz 31: **Markus Hümpfer** (Schweinfurt)

Platz 42: **Alexander Mosca Spatz** (Aschaffenburg)

Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf in Unterfranken und bin mir sicher, dass wir mit unseren fünf KandidatInnen eine spannende Mischung gefunden haben.

Videos, O-Töne, noch mehr Infos und die komplette Liste der BayernSPD unter www.bayernspd.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



PAULAS POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Paula Greb aus Burgsinn, die seit wenigen Wochen nun in den USA ist. Hier ihr aktueller Bericht:

During the second week in December I got the opportunity because of the PPP to spend one week in the beautiful capital of the USA - Washington DC. We had been 88 students at this week. I already knew some of the people from the orientation in Germany, which had been in Weimar. The motto for the week in Washington for our program has been: „To see as much as we can in a limited amount of time!“ On our first day there we went to the Newseum and had a seminar about the topic: „Campaign Trail & the Battle for Votes“.

On the free study visit I have been in a 3D-simulation about Pearl Harbor, which took me 30 minutes to get through. Afterwards the inventor of the simulation asked me to do an interview about my experience during the simulation. Newseum was not the only museum we went to. We also visited the African American Museum, which opened this September in a ceremony led by President Obama, the American History Museum and the National Gallery of Art Museum.

On another day we have done a simulation activity with the U.S. Department of State to: „International Refugee Crisis: Human Rights and Humanitarian Assistance“, it helped us to improve our ability to

discuss critical topics with each other and get a feeling for different opinions and views. Washington does not only have many museums you could go to, it has also many memorials.

We tried to see as many memorials as we could on one day. The memorials I went to had been the Franklin D. Roosevelt, the Martin Luther King, the Lincoln and the Jefferson memorial. My highlight of this trip had been the „Capitol Hill Day“. Because on this day we got the opportunity to meet the staff from the House of Representative or the Senate of Illinois.

One of the staffs had been a CBYX/PPP student in Germany back in 2008. And with the other staff I talked about the recent election, TTIP and the high taxes in Illinois. After the meetings I still had time



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



to do a tour in the Capitol, the Supreme Court and the Library of Congress and to go to one of the Committee Meetings. I am so thankful that i have the opportunity to be on this program and to experience so many great things. It had been an awesome exchange year so far.

Merry Christmas and a Happy New Year to everyone!

Während der zweiten Dezemberwoche hatte ich durch das PPP die Möglichkeit eine Woche in der Hauptstadt Washington DC zu verbringen. Wir waren insgesamt 88 Austauschschüler in dieser Woche. Ich kannte schon ein paar Leute aus meiner Vorbereitungswoche in Weimar. Das Motto dieser Woche war, in diesem kurzen Zeitraum so viel wie nur möglich zu sehen und zu erleben. Deswegen hatten wir auch jeden Tag einen strikten Zeitplan.

An unserem ersten Tag in Washington sind wir in ein Museum namens Newseum gegangen. Dort haben wir an einem Seminar zur diesjährigen Wahlkampagne teilgenommen. Danach habe ich eine 30-minütige 3D-Simulation über Pearl Harbor besucht. Nach dieser Simulation wurde ich von der Erfinderin dieses Projekts gefragt, ob sie mich zu meiner Erfahrung während der Simulation interviewen darf.

Newseum war aber nicht das einzige Museum in das wir gegangen sind. Wir waren auch noch im African American Museum, das diesen September in einer Zeremonie von Präsident Obama eröffnet wurde, im Museum zur amerikanischen Geschichte und als letztes noch im Kunstmuseum. An einem anderen Tag haben wir eine Simulation mit dem U.S Department of State zur Flüchtlingskrise gemacht: Menschenrechte und das Auswärtige Amt.

Es hat uns sehr geholfen unsere Diskussionsfähigkeiten zu verbessern und die verschiedenen

Sichtweisen und Meinungen anderer akzeptieren und verstehen zu lernen.

Washington hat aber nicht nur zahlreiche Museen zu bieten, sondern auch viele Denkmäler. Ich war bei dem Franklin D. Roosevelt, dem Martin Luther King, dem Lincoln und dem Jefferson Denkmal. Mein Highlight von dieser ganzen Woche war der "Capitol Hill Tag".

Dabei hatte ich die Möglichkeit das Personal vom Senat und vom Repräsentantenhaus von Illinois in einer Sitzung zu treffen. Eine davon war als Austauschschülerin mit dem CBYX/ PPP 2008 in Deutschland. Und mit dem anderen Personal habe ich mich zur diesjährigen Wahl, zu TTIP und zu den hohen Steuern in Illinois ausgetauscht. Nach den beiden Sitzungen hatte ich immer noch Zeit, um eine Führung durch das Capitol, durch den obersten Gerichtshof und durch die Kongressbibliothek zu machen und zu einer Ausschusssitzung zu gehen.

Ich bin so dankbar, dass ich die Möglichkeit bekommen habe, durch dieses Programm so viele neue Erfahrungen zu machen. Es war bis jetzt ein großartiges Austauschjahr!

Frohe Weihnachten und ein frohes neues Jahr!

Liebe Grüße , Paula

**Alle Texte alle meiner
PPP-Stipendiatinnen unter
www.bernd-ruetzel.de**

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
Abgeordnete für Aschaffenburg-West
Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

Frauenhäuser in Bayern brauchen dringend mehr Unterstützung – Antrag der SPD-Fraktion auf Verdoppelung der staatlichen Fördermittel abgelehnt

Liebe Leserinnen und Leser,

in den Haushaltsberatungen des Landtags wollte die SPD-Landtagsfraktion eine Verdoppelung der staatlichen Unterstützung für die Frauenhäuser im Freistaat erreichen. Ein entsprechender Antrag wurde jedoch von der CSU-Mehrheit abgelehnt. Derzeit muss wegen zu weniger Plätze in den Frauenhäusern jede zweite Frau in Not abgewiesen werden. Das ist ein Armutszeugnis für den reichen Freistaat Bayern. Frauen, die mit ihren Kindern vor häuslicher Gewalt fliehen, haben ein Anrecht auf unsere Unterstützung.

Derzeit erhalten die 40 bayerischen Frauenhäuser zusammen nur 2,5 Millionen Euro pro Jahr. Das reicht hinten und vorne nicht, um die Kosten für Unterbringung und Betreuung zu stemmen. Ohne Spenden müssten viele Frauenhäuser schon jetzt schließen. Für mich zählt dabei nur eine Devise: Frauen, die vor Gewalt fliehen und alles zurücklassen müssen, um sich und ihre Kinder zu schützen, benötigen und verdienen unbedingt eine stärkere Hilfe des Staates. 140.000 Frauen in Bayern werden pro Jahr Opfer sexueller oder körperlicher Gewalt, 90.000 werden schwer misshandelt. Das hat eine aktuelle Studie des Instituts für empirische Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg ergeben.

In den 40 bayerischen Frauenhäusern stehen lediglich 367 Plätze für von Gewalt bedrohte Frauen und



Martina Fehlner und ihre Landtagskolleginnen Dr. Simone Strohmayr und Ruth Müller informieren sich bei Tanja Draudt, Leiterin des Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt in Aschaffenburg, über die Lage vor Ort.

456 Plätze für ihre Kinder zur Verfügung. Die staatlichen Fördersätze für Frauenhäuser wurden das letzte Mal im Jahr 2009 erhöht. Was wir schon lange wussten, hat sich jetzt also bestätigt. Frauen, die Opfer von Gewalt sind, müssen die Hilfe bekommen, die sie brauchen – auch bei uns in Aschaffenburg. Die Personaldecke reicht hier zwar für die vordringlichsten Aufgaben aus, das Tätigkeitsspektrum der Mitarbeiter, von der psychologischen Betreuung über die Schuldnerberatung bis zur Unterstützung bei der Wohnungssuche, wird allerdings immer umfangreicher. Dazu kommt, dass im vergangenen Jahr viele Frauen abgewiesen werden mussten, weil die vorhandenen Plätze bereits alle belegt waren. Insbesondere die Herausforderungen, die die Versorgung von Migrantinnen sowie Frauen und Mädchen mit Behinderungen mit sich bringen, müssen mehr Beachtung finden.

Sehr herzlich wünsche ich Ihnen friedliche, besinnliche Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Volkmar Halbleib

Parlamentarischer
Geschäftsführer der
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter
für Stadt und Landkreis Kitzingen

Schlüsselzuweisungen:

Kommunen besser unterstützen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die SPD-Landtagsfraktion kritisiert die vom Bayerischen Finanzministerium für 2017 bekannt gegebenen Schlüsselzuweisungen, also die Ausgleichszahlungen an finanziell schwächere Kommunen, als nicht ausreichend. Etliche Kommunen haben mit massiven Finanzproblemen zu kämpfen. So bräuchten die Städte und Landkreise dringend mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr, die energetische Sanierung ihrer Gebäude und für die Sanierung der Schwimmbäder. Außerdem gibt es Orte, die besondere Angebote, wie ein spezielles Kulturprogramm, eine Musikschule oder auch eine Eislaufbahn für die Bevölkerung im gesamten Landkreis bereitstellen. Diese zentralen Orte müssen stärker berücksichtigt werden.

Zwar steigen die Schlüsselzuweisungen gegenüber 2016 um rund 140 Millionen Euro. Das liegt aber nicht daran, dass der Freistaat die Kommunen prozentual stärker an seinen Steuereinnahmen beteiligt, sondern ist ausschließlich eine Folge davon, dass die Steuereinnahmen an sich angestiegen sind. Die Kommunen bekommen mit dem Anstieg also das, was ihnen als Anteil ohnehin zusteht. Um die Städte, Landkreise und Gemeinden finanziell stärker zu unterstützen, muss der kommunale Anteil an den staatlichen Steuereinnahmen, die sogenannte Verbundquote, erhöht werden.

So sollte der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund stufenweise von aktuell 12,75 Prozent auf 15 Prozent angehoben werden. Bayern hat die niedrigste Verbundquote in ganz Deutschland! In Baden-Württemberg etwa liegt der Wert bei deutlich höheren 23 Prozent.

Ein frohes Weihnachtsfest wünscht Ihnen und Euch

Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030

buergerbuero-halbleib@t-online.de

GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher in der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für Würzburg-Stadt

Betreuungsabgeordneter für Main-Spessart

Die Frauenverbände fordern mehr Plätze in den Frauenhäusern - selbst schwer traumatisierte Frauen bleiben oft ohne Schutz

Liebe Leserinnen und Leser,

Gewalt gegen Frauen ist allgegenwärtig; auch in einer wohlhabenden Gesellschaft wie der Deutschen. Doch es fehlt an Angeboten, in denen sie Schutz suchen können.

Dies hat eine bereits im Frühjahr veröffentlichte Studie drastisch gezeigt: Es darf nicht dabei bleiben, dass in Bayern jährlich bis zu 2.000 Frauen aus Mangel an Platz und Personal abgewiesen werden müssen. Um dies zu ändern, haben sich die unterfränkischen Frauenverbände zusammengetan und stellen klare Forderungen an die Politik: Mehr Plätze in Frauenhäusern und eine Stärkung der Beratungs- und Unterstützungsangebote sind dringend nötig. Als Sozialdemokraten stellen wir uns

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Georg Rosenthal bei einem Treffen in der Würzburger Frauenberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen e. V. (SkF) in der Huttenstraße 29b kurz vor der Haushaltsdebatte im Bayerischen Landtag mit den Vertretern der Würzburger Frauenhäuser und der Fachberatungsstelle Wildwasser e.V.

ganz klar hinter diese Initiative. Gewalt gegen Frauen ist kein Nischenthema. Sie gehört zu den drängenden Problemen unserer Zeit. Die zwölf Frauenhausplätze in der Region wirken vor diesem Hintergrund eher als symbolisches Feigenblatt für ein mangelhaftes Schutzkonzept. Erschreckend ist der Blick in die Landkreise: Hier scheint manch ein Bürgermeister noch immer davon überzeugt zu sein, dass in seinem Ort die Welt in Ordnung ist. Noch immer herrscht bei manchen die Einstellung vor, dass das Taxi nach Würzburg den Kommunen günstiger kommt, als selber ein geeignetes Hilfsangebot für Frauen in einer akuten Krisensituation aufzubauen. Wir brauchen dringend ein klar geregeltes und auskömmliches finanzielles Gerüst des Freistaates. Die seit Jahren unveränderte Förderung von nicht einmal 10 Prozent der Kosten ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Weihnachtliche Grüße,

Ihr Georg Rosenthal, MdL

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162

buergerbuero@georg-rosenthal.de

**Ich
wünsche
Ihnen und Euch
frohe, besinnliche
Weihnachtsfeiertage
und einen guten Rutsch
ins neue
Jahr!**



Merry Christmas